



Anlage B – Vertraulichkeit

- (1) Die Parteien verpflichten sich, ihnen zur Kenntnis gelangende vertrauliche Informationen der jeweils anderen Partei geheim zu halten. Vertrauliche Informationen im Sinne dieser Anlage sind als solche gekennzeichnete oder aufgrund der Umstände, unter denen die Bekanntgabe erfolgt, als vertraulich zu behandelnde Informationen, die der anderen Partei bekannt gemacht werden, nicht allgemein bekannt oder öffentlich zugänglich sind und bei denen aus Sicht eines verständigen Dritten ein berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung besteht. Umfasst sind alle schriftlichen, elektronischen oder mündlichen Informationen. Für den Umgang mit personenbezogenen Daten im Sinne von Art. 4 Nr. 1 DSGVO gelten die gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Die Parteien verpflichten ihre Mitarbeiter, Vertreter und etwaigen Unterauftragnehmer zur Vertraulichkeit nach Maßgabe dieser Anlage oder in vergleichbarem Umfang. Der Erfahrungsaustausch des Auftraggebers mit und innerhalb der öffentlichen Hand bleibt, unter Wahrung von Geschäftsgeheimnissen des Auftragnehmers, unbenommen.
- (3) Die Pflicht zur Vertraulichkeit gilt nicht für solche vertraulichen Informationen, die der anderen Partei zum Zeitpunkt der Offenlegung bereits rechtmäßig bekannt waren, von ihr selbst entwickelt wurden, ihr ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung durch sie oder einen Dritten bekannt werden oder die aufgrund schriftlicher Bestätigung der offenlegenden Partei nicht mehr als vertrauliche Information gelten. Die datenschutzrechtliche Pflicht zum vertraulichen Umgang mit personenbezogenen Daten bleibt unberührt.
- (4) Die Parteien dürfen vertrauliche Informationen im erforderlichen Umfang weitergeben, wenn sie gesetzlich oder aufgrund einer bestands- bzw. rechtskräftigen Behörden- oder Gerichtsentscheidung zur Offenlegung verpflichtet sind. In diesem Fall ist die andere Partei unverzüglich und noch vor der Offenlegung, unter Angabe der betroffenen Informationen, zu informieren und angemessene Anstrengungen zu unternehmen, dass die vertraulichen Informationen vertraulich, z. B. durch eine gerichtliche Schutzanordnung, behandelt werden. Im Zuge der Offenlegung ist kenntlich zu machen, dass es sich um Geschäftsgeheimnisse handelt. Die Offenlegung vertraulicher Informationen, um die Rechte einer Partei aus diesem Vertrag durch ein Gericht feststellen zu lassen, ist zulässig.
- (5) Die Parteien nutzen von der jeweils anderen Partei offengelegte vertrauliche Informationen nur zur Erfüllung dieses Vertrages und schützen sie vor der Kenntnisnahme und Nutzung durch unbefugte Dritte durch den Einsatz geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen. Insbesondere ist der Auftragnehmer nur berechtigt, vertrauliche Informationen solchen Mitarbeitern zugänglich zu machen, die zur Leistungserbringung eingesetzt werden. Die Weitergabe vertraulicher Informationen an Unterauftragnehmer ist nur zulässig, wenn der Auftraggeber deren Einsatz ausdrücklich zugestimmt hat, soweit diese vertraulichen Informationen für die Erbringung der jeweiligen Leistungen durch den Unterauftragnehmer erforderlich sind und der oder die Unterauftragnehmer nach Maßgabe dieser Anlage oder in vergleichbarem Umfang zur Vertraulichkeit verpflichtet ist bzw. sind, vgl. Abs. 2 S. 1. Ist eine vorherige Zustimmung zum Einsatz von Unterauftragnehmern nach den vertraglichen Regelungen nicht erforderlich, gilt vorstehender Satz mit der Maßgabe, dass der Auftraggeber der Weitergabe der vertraulichen Information ausdrücklich zustimmt.
- (6) Der Auftragnehmer ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Auftraggebers berechtigt, den Auftraggeber als Referenzkunden anzugeben.



- (7) Die andere Partei ist unverzüglich zu informieren, falls vertrauliche Informationen unter Verstoß gegen diese Anlage weitergegeben wurden.
- (8) Der Auftraggeber kann den Vertrag ganz oder teilweise außerordentlich kündigen, wenn ihm ein weiteres Festhalten am Vertrag nicht zumutbar ist, weil der Auftragnehmer seinen Pflichten gemäß der vorstehenden Absätze schuldhaft nicht nachkommt.
- (9) Sämtliche vertrauliche Informationen des Auftraggebers in physischer und elektronischer Form, einschließlich der vom Auftragnehmer gefertigten Materialien, die vertrauliche Informationen enthalten oder Rückschlüsse auf diese zulassen, sind nach vollständiger Leistungserbringung nach Wahl des Auftraggebers zurückzugeben oder zu vernichten und die vollständige Rückgabe bzw. Vernichtung zumindest in Textform zu bestätigen. Im Falle einer Kündigung oder von Rechtsstreitigkeiten hat die Herausgabe bzw. Vernichtung sowie deren Bestätigung unverzüglich nach Aufforderung des Auftraggebers zu erfolgen. Sätze 1 und 2 gelten nicht, soweit und solange eine gesetzliche, behördliche oder gerichtliche Verpflichtung zur Aufbewahrung besteht. Besteht eine Aufbewahrungspflicht, ist die Nutzung vertraulicher Informationen nur hierfür zulässig.
- (10) Die vorstehenden Verpflichtungen aus dieser Anlage gelten auch nach Vertragsende fort.
- (11) Für jeden Verstoß gegen die Pflichten nach dieser Anlage ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer angemessenen Vertragsstrafe an den Auftraggeber verpflichtet, deren Höhe in das billige Ermessen des Auftraggebers gestellt wird. Die Vertragsstrafe entfällt, wenn der Auftragnehmer den Verstoß nicht zu vertreten hat. Der Auftragnehmer hat das Recht, die Angemessenheit der festgesetzten Vertragsstrafe durch ein zuständiges Gericht überprüfen zu lassen.

Die Geltendmachung darüberhinausgehender Schadensersatzansprüche ist nicht ausgeschlossen. Vertragsstrafen werden auf Schadensersatzsprüche angerechnet, soweit Interessenidentität besteht.

§ 341 Abs. 3 BGB findet mit der Maßgabe Anwendung, dass die Strafe bis zum Ablauf von zwölf Monaten seit ihrer Verwirkung geltend gemacht werden kann.